

# „Froschtümpel sind wichtiger als unsere Schulen“

Die Privatschulen in NRW wehren sich gegen die Sparpläne der Landesregierung. Morgen ist eine Großdemonstration geplant.

Von Anja Clemens

**Düsseldorf.** Sie bezeichnen sich als eine Klientel, die sich nicht gerade durch Demonstrationsfreude auszeichnet. Doch inzwischen sehen Eltern und Vertreter der Ersatzschulen in NRW die Zeit zum Protest gekommen. „Froschtümpel und Windräder haben für die Regierung einen größeren Stellenwert als die Bildung unserer Kinder“, ruft Rita Römer-Moch, Sprecherin des Aktionskreises „Hände weg von unseren Schulen“, morgen zum Sturm auf den Düsseldorfer Landtag auf.

Während sich die Politiker zur zweiten Lesung des Haushalts einfinden, wollen 22 000 Schüler, Eltern und Lehrer ab 12 Uhr vor dem Parlament die Sparmaßnahmen noch verhindern.

Im Landeshaushalt 2004/2005 soll der Eigenanteil der Schulen in freier Trägerschaft einmalig im Jahr 2005 um 1,5 Prozent erhöht werden. Betroffen sind insgesamt 192 000 Schüler in 415 Schulen, die unter katholischer oder evangelischer Leitung stehen sowie Waldorf- und Privatschulen.

Das Elternbündnis sieht im Kampf gegen die rot-grüne Regie-

rung die besseren Argumente auf seiner Seite. „Die Ersatzschulen sind eine massive Entlastung für das Land“, sagt Rita Römer-Moch. Denn NRW übernehme bislang 94 Prozent der Kosten, erhalte aber eine 100prozentige Leistung. Während die Kürzung den Haushalt nur um 15 Millionen Euro entlaste, „richtet das bei uns einen Schaden an, der sich nicht wieder gut machen lässt“.

Nach Angaben von Dirk Norpoth von der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen drohen den Einrichtungen Mehrausgaben von 25 Prozent. Neben Kürzungen bei Lehr- und Lernmitteln, dem Wegfall von Schulfahrten sowie der Streichung von Baumaßnahmen rechnen die Betroffenen sogar mit der Schließung ganzer Schulen. „Wenn eine freie

Schule kaputt gespart wird, müssen die Kinder auf öffentliche Schulen verteilt werden. Und damit kommen auf die Kommunen erhebliche Mehrkosten zu“, unterstützt der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Recker, den Protest.

„Aufgrund dieser einmaligen Kürzung muss keine Schule schließen“, betont hingegen eine Sprecherin des Schulministeriums. Träger in wirtschaftlicher Notlage könnten in den Wirtschaftsdezernaten der Bezirksregierungen einen Antrag auf Reduzierung des Eigenanteils auf zwei Prozent stellen. Dies sei schon heute üblich. Finanzstarke Träger müssten 2005 aber Prioritäten setzen. „Auch wir mussten unseren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bringen.“ Nach

Angaben des Ministeriums wendet NRW in diesem Jahr 954 Millionen Euro für die Ersatzschulen auf. Trotz der Mehrbelastung für die Träger werde der Landeszuschuss 2005 auf 962 Millionen Euro steigen. 2003 habe der Landesbeitrag pro Schüler bei 4870 Euro gelegen. „Die tatsächlichen Kosten belaufen sich für die Träger aber auf das Doppelte“, weiß Dirk Norpoth.

Der Aktionskreis beruft sich bei seinen Protesten auf die Landesverfassung, die den Privatschulen die „zur Erfüllung ihrer Pflichten erforderlichen öffentlichen Zuschüsse“ garantiert. An eine einmalige Erhöhung des Eigenanteils glaubt Rita Römer-Moch nicht: „Man will uns testen und die Sparmaßnahmen dann dauerhaft durchsetzen.“

# Aufmarsch der Schüler

## 30 000 gegen Kürzungen bei Privatschulen

**Düsseldorf (fu).** Rund 30 000 Schüler, Eltern und Lehrer haben gestern vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die geplanten Kürzungen bei den Zuschüssen für die Privatschulen demonstriert. Auf Transparenten und in Reden wurde der rot-grünen Landesregierung vorgeworfen, am falschen Ende zu sparen. „Hände weg von unseren Schulen“ war das Motto der Protestveranstaltung, die neben der Groß-Demo der Beamten im vergangenen Jahr zu den größten Protestveranstaltungen in der Geschichte des Landtags gehört.

In der kommenden Woche will die SPD-Grünen-Koalition den Doppelhaushalt 2004/2005

beschließen. Er sieht für 2005 eine Kürzung der Landeszuschüsse an die 415 Privatschulen im Lande um 15 Millionen Euro vor. Vertreter der beiden Regierungsfractionen beteuerten gestern, diese Kürzungen seien einmalig. Schulministerin Ute Schäfer (SPD) stellte die Frage, ob der Aufwand der Demonstration angesichts der Folgen gerechtfertigt sei. Auf eine Schule mit 1000 Kindern komme nämlich nur eine Mehrbelastung von 75 000 Euro im Jahr zu. Ein Schülervertreter rechnete hingegen vor, dass der Kostenvorteil bei einem Privatschüler für den Staat bei 4000 Euro im Jahr liege. ▶ **Kommentar S. 2 / S. 3**



So viel Demonstration war selten: Rund 30 000 Schüler, Eltern und Lehrer waren vor dem Landtag aufmarschiert. Die Verantwortlichen bekamen sie nicht zu sehen. Foto: Bernd Nanninga

# Politikunterricht live: Demo vor dem Landtag

Die Privatschulen lieferten gestern einen eindrucksvollen Protest gegen die geplanten Kürzungen ab. Doch die Landesregierung bleibt hart.

Von Frank Uferkamp

**Düsseldorf.** Wütend, aber diszipliniert, lautstark, aber regelkonform – die rund 30 000 Schüler, Lehrer und Eltern schlüpfen gestern perfekt in die Rolle von Demonstranten und protestierten eindrucksvoll vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die geplanten Kürzungen bei den Privatschulen. Anders als bei den Studentenprotesten an gleicher Stelle gab es keinerlei Zwischenfälle, die Bannmeile wurde gewahrt und den Politikern ordentlich der Marsch geblasen.

Pünktlich zum großen Protesttag schien eine freundliche Wintersonne vom Himmel, schon der Fußmarsch von den geparkten Bussen (Stauraum Rhein-Kniebrücke und Oberkassel) geriet zum Happening. Plakate mit Parolen wie „Kasse leer, Schnauze voll“ oder „Privatschulen sind Idealschulen“ ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Schließlich geht es um eine Kürzung von 15 Millionen Euro, die das Land für das Jahr 2005 beabsichtigt. „Für uns wird es eng, weil wir immer mehr Sponsorengelder auftreiben müssen“, sagt

Axel Heinen von der Elternpflegschaft der katholischen Domsinger-Schule in Aachen. Denn statt jetzt sechs sollen die Träger der sogenannten Ersatzschulen – das sind Kirchen, aber auch freie Organisationen – 7,5 Prozent bezahlen. „Das ist für uns ein Aufschlag von 25 Prozent“, sagt Heinen.

## Mehr Kosten aus eigener Tasche aufbringen

„Wir sind auf 100 Prozent der Zuschüsse angewiesen, sonst gerät bei uns alles ins Rutschen“, sagt Arnold Pröll, der in Witten Dozent in der Lehrer-Ausbildung für Waldorf-Schulen ist. Diese Schulform muss jetzt schon 13 Prozent der Kosten aus eigenen Mitteln aufbringen.

Während draußen eine der größten Demonstrationen in der Geschichte des Landtags lief, wurde im Parlament in zweiter Lesung über den strittigen Doppelhaushalt mit den Kürzungen diskutiert. Eines wurde klar: SPD und Grüne bleiben bei ihrem Vorhaben und werden es am kommenden Mittwoch ungeach-

tet der Proteste auch endgültig beschließen. Aber die Kürzungen sind einmalig und auf das Jahr 2005 beschränkt, betonten beide Fraktionen. Was zum Beispiel der besorgte Vater Heinen bezweifelt: „Wer einmal spart, hat schnell Geschmack an der Sache gefunden.“

Politiker als Redner waren von den Veranstaltern ausdrücklich nicht gewünscht worden, stattdessen heizte zum Beispiel die Band „The Idols“ den Massen ein. Während sich die rot-grüne Politikerkaste draußen nicht sehen ließ, schwammen etwa die CDU-Abgeordneten wie die Fische im Wasser durch die Menge, gab Landesparteichef Jürgen Rüttgers Interviews, in denen er die Einsparungen geißelte.

Wie aber konnten die Schüler mittags demonstrieren, wo sie doch eigentlich auf den Schulbänken hocken müssten? „Wir haben daraus einen Wandertag gemacht. Und schließlich ist das auch Politikunterricht“, erklärt Horst Zühlke, Lehrer am St. Christophorus-Gymnasium in Werne. In dieser Schule wurde die Beteiligung an der Veranstaltung auch kontrovers diskutiert. „Das war schon eine Art Zwang für uns. Schließlich gibt es bei uns viele reiche Eltern, die auch einspringen könnten“, sagt die Neunt-Klässlerin Daniela Engel.

Mit dieser Sicht der Dinge war sie aber gestern wohl in der Minderheit.

# Botschaft nicht verstanden

Von Anja Clemens

Wenn die rot-grüne Landesregierung gehofft hatte, ohne großes Aufheben bei den Privatschulen 15 Millionen Euro einsparen zu können, dann wird sie jetzt eines Besseren belehrt. Eindrucksvoller und plakativer hätten Schüler, Eltern und Lehrer den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück nicht daran erinnern können, dass er sein Versprechen gebrochen hat. Seine Ankündigung zu Beginn der Haushaltsberatungen, im Bildungsbereich werde nicht gekürzt, gilt leider nicht für jene knapp 200 000 Kinder und Jugendlichen, die Schulen freier Träger besuchen.

Beim Blick auf die Kassenlage des Landes sind Einschnitte unumgänglich. Unbestritten ist auch, dass jede Klientel gute Gründe vorbringen kann, ihren Bereich unangetastet zu lassen. Und sicher lässt sich auch darüber streiten, ob die Mobilisierung vor dem Landtag noch in einer vernünftigen Relation zu



der Belastung steht, die die 1,5prozentige Kürzung des Landeszuschusses für die Ersatzschulen mit sich bringt. Denn letztlich geht es pro Schüler um sechs Euro im Monat – und das auch nur ein Jahr lang. Doch diese Argumente verblassen im Vergleich zu dem fatalen Signal, das die Regierung mit ihrer Spar-Politik aussendet: Wir sind nicht bereit, in den einzigen „Rohstoff“ zu investieren, den NRW noch zu bieten hat – unsere Kinder.

Gerade die privaten Einrichtungen bürgen für überdurchschnittliche Qualität, obwohl sie weniger kosten als staatliche Schulen. Aber wie lange werden sie dieses Niveau halten können? Während größere Träger in der Lage sind, den gestiegenen Eigenanteil finanziell abzufangen, werden kleinere Träger sparen müssen – im Zweifel im pädagogischen Bereich. Das kann nicht Sinn einer Haushaltskonsolidierung sein. Wer den Rotstift bei der Bildung ansetzt, hat die Pisa-Botschaft nicht verstanden.

# Tagesschule demonstrierte

**Velbert-Neviges (cg).** „Ich hoffe, dass es etwas gebracht hat.“ Etwas durchgefroren, aber zufrieden kam die Nevigeserin und Schulpflegschaftsvorsitzende der Tagesschule Dönberg, Monika Schlinghoff, gestern von der Großdemonstration des Aktionskreises „Hände weg von unseren Schulen“ in Düsseldorf zurück. Demonstriert wurde gegen die Pläne der Landesregierung im Haushalt 2004/2005 den Eigenanteil der Schulen in freier Trägerschaft 2005 um 1,5 Prozent zu erhöhen. Die Tagesschule Dönberg wird vom Erzbistum Köln betrieben und wäre somit betroffen. 50 Eltern und Schüler der Tagesschule Dönberg demonstrieren mit. „Die Kinder waren richtig angetan“, erzählt Schlinghoff. Jetzt bleibe nur zu hoffen, dass sich die Politik die Sparpläne durch den Kopf gehen lasse.